

# Dänemarks Sozialdemokratie regiert weiter

Autor(en): **Fischer, Alfred Joachim**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **29 (1950)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336504>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kinobesucher unseres Landes entrichten, ergibt brutto rund 2 Millionen Franken jährlich, die in einen Filmfonds zu legen und von der Schweizerischen Filmkammer zu verwalten wären, in welcher ja alle wirtschaftlich oder kulturell am Film interessierten Kreise vertreten sind. Die Verwendung dieser Mittel würde auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen erfolgen, im Sinne der filmpolitischen Richtlinien der Bundesgesetzgebung.

Alle diese Verhältnisse und Überlegungen dürften Ihnen nicht nur die Notwendigkeit einer gesetzlichen Ordnung des Filmwesens dargetan haben, sondern auch, und besonders in Anbetracht der heutigen unsicheren, ja gespannten Weltlage, auch ihre ganz besondere Dringlichkeit. Darum rechnen die Unterzeichner des Postulates zuversichtlich auf dessen Annahme durch den Bundesrat.

ALFRED JOACHIM FISCHER

## *Dänemarks Sozialdemokratie regiert weiter*

Bei den letzten Unterhauswahlen hat die dänische Sozialdemokratie ihre Position gehalten. Stimmenmäßig fiel sie um 2,5 Prozent: ein bemerkenswertes Resultat, wenn man bedenkt, daß die sozialistische Minderheitsregierung Hedtoft fast drei Jahre lang unter schwierigsten wirtschaftlichen Voraussetzungen das Staatssteuer führte. Der Mandatgewinn beträgt zwei Sitze (59 von insgesamt 150, bisher 57). Zustande gekommen war er auf Grund einer neuen Wahlordnung, die die früher übliche Begünstigung dünnbesiedelter Gebiete aufhob. Hauptleidtragende dieser Regelung sind die liberalen Agrarier.

Dänemarks Sozialdemokratie, deren im Kriege verstorbener Parteichef Stauning eine der populärsten politischen Figuren des Landes war, hat seit Jahren eine starke Anhängerschaft und konnte bei den Wahlen von 1943 sogar 66 Sitze erobern. Da man sich die Dänen allgemein als ein reines Bauernvolk vorstellt, erregt das vielfach Erstaunen. Tatsächlich aber hat der Zug in die Städte auch hier ein verändertes soziologisches Bild geschaffen. Vor einem halben Jahrhundert lebten dort nur 25 Prozent der Bevölkerung. Heute sind es rund 50 Prozent. Kopenhagen, die einzige wirkliche Großstadt, hat eine Million Einwohner von insgesamt vier Millionen.

Nur 28 Prozent aller arbeitsfähigen Dänen leben von der Landwirtschaft, 32 Prozent aber von der Industrie. Selbst unter diesen 28 Prozent befinden sich mehr Klein- als Großbauern und Tagelöhner, auf die eine Linkspartei

Anziehungskraft ausübt. Einzelne Spezialindustrien, darunter Schiffswerften, Zement- und Porzellanfabriken sowie die großen Bierbrauereien und natürlich die Produktion landwirtschaftlicher Fertigwaren, sind weltkonkurrenzfähig. Der aus ökonomischen und soziologischen Gründen sozialistische Wähler ist also durchaus vorhanden. Darüber hinaus aber wirbt der dänische Sozialismus um andere Schichten, wie Kleinbauern, kleine Geschäftsleute, Handwerker, Beamte und Intelligenz. Immer offener wendet er sich auch an bewußt christlich eingestellte Kreise. Wenngleich die Arbeiterschaft nach wie vor den Kern bildet, bemüht man sich doch um alle Dänen, die an sozialer Sicherheit interessiert sein müssen.

1945, gleich nach dem Krieg, hatte die Sozialdemokratische Partei ein radikaleres Programm aufgestellt. Der Kommunist Axel Larsen erklärte damals zynisch, es sei von den Kommunisten ausgeliehen. Erfolgreich waren diese Tendenzen nicht. Kleinbürgerliche Wähler fürchteten sich vor Sozialisierungen und rückten nach rechts ab, Linksradikale aber gaben ihre Stimmen den Kommunisten, die auch durch ihre führende Beteiligung am Befreiungskampf prestigemäßig stark gewonnen hatten. Aus drei Abgeordneten im Jahre 1939 – 1943 war die Partei illegal – wurden 1945 nicht weniger als 18.

Hans Hedtoft, der Parteivorsitzende, und seine Freunde hatten die Sozialisierungsideen von jeher als taktisch falsch betrachtet. Ihrem Einfluß glückte es, sie auf das tote Geleise zu schieben. In parteioffiziösen Interviews wurde mir erklärt, daß Sozialisierungen in Dänemark kein Selbstzweck seien, sondern nur dann erfolgen würden, wenn sich das zur größeren Effektivität bestimmter Industrien als notwendig erweisen sollte. Radikaler Druck von innen existiert nicht. Dänemarks Sozialdemokratie kennt keine Linksopposition etwa im Sinne der englischen Labourrebellen. Auch kann die Parteiführung stets mit gutem Gewissen darauf hinweisen, daß eine Minderheitenregierung nirgends die Möglichkeit besitzt, revolutionäre Maßnahmen durchzuführen, eben schon deswegen, weil es ihr an der notwendigen parlamentarischen Majorität fehlt.

Im Sozialisierungspunkt steht also *Labour* in England weit links von der dänischen Schwesterpartei. Dennoch widerspräche es den Tatsachen, der letzteren jeden revolutionären Schwung abzusprechen. Ihr Festhalten an einer schon traditionellen Politik der Vollbeschäftigung, ihr Nivellierungsschema, das von vielen als Sozialisierung auf anderer Basis betrachtet wird, und nicht zuletzt ein Bestehen auf notwendigen Wirtschaftskontrollen beweisen, daß die Partei die Interessen des Arbeiters und Minderbemittelten wahrnimmt und eifrig hütet. Hier liegen auch die Grenzen der Kompromißwirtschaft.

In Dänemark ist die Durchführung einer Arbeiterpolitik nicht so einfach

wie in Schweden und Norwegen, wo die regierende Arbeiterpartei über eine klare Mehrheit verfügt (in Norwegen ist es sogar eine wesentliche).

Mit den zwei Faroer-Insel-Vertretern verfügen die bürgerlichen Gruppen im Unterhaus über eine Majorität von neun Stimmen. So gehörte im Falle Hans Hedtoft schon viel Diplomatie dazu, eine sozialdemokratische Regierung zu führen, um so mehr, als er ja keinerlei Unterstützung der Linken erhält und die anfangs 18, später 9 und heute 7 Kommunisten seine erbittertesten Gegner sind.

Wer die gegenwärtige dänische Sozialdemokratie analysieren will, muß eine Zeit bei Hedtoft, diesem einstigen Botenjungen, der schon als Vorsitzender der Buchdruckerlehrlingsgewerkschaft hervortrat und sich später als Journalist einen Namen machte, verweilen. Er hält den Kompromiß und weitestgehende Rücksicht auf die Minderheit, die sich nicht majorisiert fühlen soll, für höchste staatsmännische Kunst. Politisch und zahlenmäßig bildet das dänische Parlament ein Gleichgewicht der sozialen Kräfte. So bedeutet Kompromißpolitik nicht Kuhhandel, sondern Respektieren des Willens der Volksgemeinschaft.

Im Kriege erklärte Hedtoft, die ganze Welt müsse zwei oder drei Schritte nach links rücken. Sicherlich ist dieser brillante Taktiker und Redner auch heute kein Mann der Rechten. Die dänischen Kommunisten versuchen, ihn als Verräter marxistischer Ideen darzustellen. In Hedtoft sehen sie ihren vielleicht unerbittlichsten Gegner. Schon während der Nachkriegsverschmelzungsverhandlungen zwischen beiden Arbeiterparteien, die kurze Zeit aussichtsreich schienen, mißtraute er dem kommunistischen Schlagwort «aktive Demokratie» und sah darin nur eine Umschreibung des alten Kampfrufes «Diktatur des Proletariats».

In Norwegen und Schweden waren die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten lange Zeit vorsichtig. Hedtoft dagegen bezeichnete die Kommunisten schon vor dem Prager Staatsstreich als potentielle Quislinge. Von ihm stammt das bezeichnende Wort: «Unsern Nationalsozialisten habe ich einst gesagt ‚Ich ziehe die Demokratie ohne euren Sozialismus dem Sozialismus ohne Demokratie vor‘. Eben dieser Satz ist nunmehr kennzeichnend für unsere Haltung zum Kommunismus. Als rein destruktive Kraft gefährdet er den mühsam erkämpften sozialen Fortschritt.»

Zwischen den beiden Arbeiterparteien gibt es keine Brücken mehr. Die Kommunisten haben trotz ihrem gut redigierten Zentralorgan «Land og Folk» seit 1947 50 000 Stimmen verloren. Dieser Verlust kommt aber nur teilweise der Sozialdemokratie zugute. Es steht außer Zweifel, daß dänische Arbeiter auch bürgerlichen Gruppen und vor allem der Georgischen Einsteuerverpartei

ihre Stimmen gegeben haben. Hier liegt ein seltsames Phänomen vor. Das dänische Steuersystem ist progressiv. Bei den früher niedrigen Löhnen befanden sich die Arbeiter in der untersten Stufe. Nicht zuletzt durch sozialistische Initiative stieg ihr Einkommen. Dadurch kamen sie automatisch in höhere Steuerklassen. Ein nicht großer, aber doch aus symptomatischen Gründen nennenswerter Teil fiel der Antisteuerpropaganda zum Opfer. Daß sich solche politisch ungeschulten Elemente gerade eine Partei wählten, deren Kopenhagener neugewählter Bezirksabgeordneter als erstes feststellte: «Die Schulen sind viel zu gut», widerspricht natürlich hundertprozentig den Grundsätzen der durchaus klassenbewußten Majorität.

In Dänemark setzt sich immer wieder eine sozialistische Minderheit gegenüber der bürgerlichen Mehrheit durch. Es fehlt den andern die gemeinsame Basis. Kompromisse unter ihnen sind schwerer möglich als von Fall zu Fall mit den Sozialdemokraten.

Interessanterweise erhöhten die Radikalen, die einst mit Stauning in einer Regierung zusammenarbeiteten, ihre Abgeordnetenzahl von zehn auf zwölf – interessanterweise deswegen, weil sie nach wie vor pazifistisch, gegen den Atlantikpakt und gegen alle militärischen Verpflichtungen sind, die über den UNO-Rahmen hinausgehen. Jörg Jörgensen, der Parteichef, ein Lehrer und Landwirt, hält starr an der traditionellen Linie fest. Schon 1905 hatten sich die Radikalen, eine Partei aus Intelligenz und Kleinbauern, von den liberalen Agrariern getrennt, weil sie in der Verteidigungsfrage keine gemeinsame Grundlage finden konnten. 1924 bis 1926 wollte ein radikaler Ministerpräsident den Abbau der Verteidigung überhaupt. So fühlt sich Jörgen Jörgensen eher zu den Sozialdemokraten hingezogen als zu den Konservativen. In letzteren sieht er die militaristische Partei aus überzeugtem Herzen und langer Vergangenheit, in ersteren die pazifistischen Mitkämpfer von gestern, deren Militarismus nur eine politische Notwendigkeit sein kann, selbst wenn ihr Abgeordneter Frode Jacobsen, der einstige Widerstandsführer, die neue Heimwehr an führender Stelle mitleitet.

Radikale und Sozialdemokraten finden sich immer wieder in der Sozialpolitik. Jörgen Jörgensens Gruppe, das ständige Zünglein an der Waage, ist zwar prinzipiell für freie Privatinitiative, gesteht aber dem Staat eine ganze Menge Kontroll- und Interventionsmöglichkeiten zu. Hier trennt sie bereits eine Kluft von den liberalen Agrariern. Konservativer als die Konservativen, wie ihre Gegner behaupten, wiegen sich die Agrarier in *Laisser-faire*-Illusionen. Ja, die wirklichen Konservativen bejahen zeitweise notwendige Schutzzölle weit eher.

Zwischen Konservativen und Agrariern ist auch der unmittelbare poli-

tische Konkurrenzkampf ein sehr heftiger. Nach dem Kriege setzte ein konservativer Abstieg ein. In der Südschleswigfrage waren scharfe innere Auseinandersetzungen erfolgt, und der Austritt des inzwischen verstorbenen ehemaligen Außenministers Christmas Möller führte zu Krisen. Inzwischen haben sich die Konservativen, die auch in ihrer Führung der Jugend große Konzessionen machten, vollkommen erholt (27 Sitze statt vorher 17, Agrarier 32 statt 49). Knud Kristensen, Hedtofts Vorgänger als Ministerpräsident (Agrarierminderheitenregierung), zog sich, enttäuscht über den Mißerfolg seiner Südschleswig-Anschlußpolitik, ins Privatleben zurück. Radikale und Sozialdemokraten sind gegen jedes Anschlußabenteuer. Erstere treten auch für hundertprozentige Wiederherstellung der deutschen Minderheit im dänischen Nordschleswig ein. Seither mangelt es der Partei an einer gleich starken und populären Persönlichkeit. Torkil Christensen, der neue Mann im Vordergrund, hat ein sehr hohes Niveau, aber nicht die gleiche Gabe, Massen anzuziehen.

Die Georgische Einsteuerverpartei verdoppelte ihre Mandate (12 statt 6). Von Konservativen und Agrariern unterscheidet sie sich durch die Ablehnung der Militärdienstpflicht und den noch weitergehenden Wunsch: Grenzschutz statt Armee. Ihr Liberalismus hat völlig überholte Manchesterformen. Schließlich wird mit dem Einsteuersystem, das eine Art Religion ist, eifrig agitiert (Besteuerung des Bodens). Alle andern Parteien erblicken darin ein praktisch undurchführbares Ziel von rein demagogischem Wert. Genau so wenig sind sie mit dem Sozialprogramm der Georgianer einverstanden, die die staatliche Fürsorge auf Alte, Blinde und Krüppel beschränkt sehen möchten. Die übrigen – Konservative eingeschlossen – vertreten gerade in der Sozialpolitik fortschrittliche Ideen.

Aus dieser knappen Analyse ergibt sich, daß Kompromisse selbst zwischen Konservativen und Sozialdemokraten leichter herzustellen sind als eine gemeinsame bürgerliche Plattform. Daher fand Hedtoft, dem ein Rückzug in die Opposition wenig liegt, auch immer wieder Möglichkeiten zum Weiterregieren. Zweifellos stärkte ihn die Macht der Gewerkschaften (1. 1. 1939: 470 000 Mitglieder, jetzt 625 000). Genau wie in Finnland kann sich eine dänische Regierung ohne deren Unterstützung nur schwer durchsetzen. Noch ist ein fast halbjähriger Druckerstreik, der die Kopenhagener Presse mit zwei Ausnahmen ebenso lange zur Einstellung zwang, in allgemeiner Erinnerung.

Hedtofts Schwierigkeiten wuchsen mit der Liberalisierung des internationalen Handels und der Kronenentwertung. Die bürgerlichen Parteien wünschten längere Freilisten. Von Regierungsseite aber entschied man sich

fast nur für Rohprodukte und Halbfertigwaren. Diese Schutzmaßnahmen der eigenen Industrie erfolgten an erster Stelle, um Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Amerikanischen Gewerkschaftern wurde der warnend erhobene Zeigefinger übelgenommen. Für die dänischen Sozialdemokraten ist wirtschaftliche Freizügigkeit kein Ideal, sobald steigende Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenzahl im vergangenen Winter: 127 000 bis 150 000) als Begleiterscheinung auftritt. Der bisherige Handelsminister Jens Otto Krag ist zum Wirtschaftsberater des dänischen Botschafters in Washington ernannt worden. Sicherlich wird auch er versuchen, den amerikanischen Gewerkschaften die Haltung seiner Regierung begreiflich zu machen.

Durch die Abwertung verlor Dänemark in einem Jahr 600 bis 700 Millionen Kronen. Eier-, Speck- und Butterpreise waren auf Grund langfristiger Verträge mit Großbritannien gebunden. Gleichzeitig stiegen aber die Kosten für Wolle, Baumwolle, Metalle, Kohlen, Öl, Ölkuchen und andere Futtermittel, Dänemarks wichtigste Importwaren.

Da Sterlinge in Dollars nicht konvertierbar sind, war ein kritischer Schwund des harten Devisenbestandes unvermeidbar – bei gleichzeitiger Kürzung der Marshallhilfe. Auch östliche Wirtschaftsventile schlossen sich teilweise. Erstens mußten diese Länder ihren Handel mit der Sowjetunion intensivieren, zweitens senkte sich durch Erhöhung der Eigenproduktion der unmittelbar nach dem Kriege sehr große Bedarf an dänischen landwirtschaftlichen Produkten.

Fast alle Preise auf dem Binnenmarkt zogen an. Der sehr begehrte und stark rationierte Kaffee kostet sogar das Vierfache. In diesem ungünstigen Augenblick wurden auch neue Gewerkschaftsforderungen laut: 21 statt 14 Tage Ferien und Fünftagewoche bei gleichem Lohn.

So war die Situation zugespitzt, als die amerikanische Anfrage über Dänemarks Verteidigungsanstrengungen eintraf. Außenminister Gustav Rasmussen versprach, daß seine Regierung um zwei Sonderbewilligungen ersuchen werde: innerhalb Zweijahresfrist zusätzliche 300 Millionen Kronen für die regulären Streitkräfte, 100 000 Mann mobilisierbar, und 100 Millionen für die zivile Verteidigung. Damit würde der Wehretat auf 3,6 Prozent vom Nationaleinkommen oder knapp 30 Prozent des Staatsbudgets ansteigen.

In der Debatte bejahten die Redner aller Parteien den Regierungsvorschlag bis auf die Kommunisten, die Radikalen («Dänemarks Mission: Vermittlung zwischen den Mächteblocks, notfalls für Marine und Luftwaffe, aber gegen große Landarmee») und die Einsteuerpartei («nochmals Abschaffung der Militärdienstpflicht»).

Mit überwältigender Mehrheit erfolgte die Annahme. Nur Kommunisten und Radikale blieben beim Nein. Die Abgeordneten der Einsteuerpartei übten Stimmenthaltung.

Heftig wurde die Auseinandersetzung erst, als die Regierung Vorschläge zur Aufbringung der zusätzlichen Ausgaben unterbreitete. Die indirekten Steuern (Warensteuern) sollten erhöht werden. Eine Verteidigungssteuer auf alle Einkommen über 10 000 Kronen jährlich (etwa ein Sechstel der Steuerzahler) war geplant sowie eine Zwangsanleihe bei Einkommen über 50 000 Kronen. Hierbei hätte es sich um eine Fortsetzung des alten Nivellierungsschemas gehandelt. Verärgert forderte die Opposition eine gleichmäßigere Verteilung der neuen Lasten.

Als dann laut Regierungsvorschlag noch etwa ein Fünftel der Freilistenimporte erneut unter Kontrolle gestellt werden sollte (Steuerung der Arbeitslosengefahr) wurden selbst die normalerweise tolerierenden Kräfte zur offenen Opposition. Hedtoft demissionierte und forderte die Wähler zur Stellungnahme auf.

Das am Anfang dieses Artikels veröffentlichte Resultat brachte keine klare Lösung. Immerhin bleibt es beim *Status quo*, den die dänische Sozialdemokratie als günstig betrachtet. Nach vergeblichen Koalitionsverhandlungen haben die Radikalen Hedtoft ihre prinzipielle Unterstützung wieder zugesagt. Damit zerfällt das Parlament in zwei genau gleich starke Gruppierungen (ohne Kommunisten, die weder zum einen noch zum andern Lager gehören). Dem geschickten Taktiker Hedtoft dürfte es sicherlich gelingen, aus der in sich uneinigen Opposition die zur jeweiligen Majorität notwendigen Stimmen herauszuberechnen.

Wiederum wird das nicht ohne Kompromisse möglich sein. In einigen Punkten aber dürfte die sozialdemokratische Minderheitenregierung fest bleiben:

1. Aufrechterhaltung eines guten Lebensstandards für die Massen (an der Kontrolle ist auch eine besondere Ministerin für die Hausfrauen beteiligt).
2. Politik der Einkommensnivellierung und der Vollbeschäftigung.
3. Ein Sozialprogramm, das im sozialen Musterland Dänemark (auch Schweden hat hier gelernt) das traditionelle Prinzip aufrechterhält: «*Sicherheit von der Wiege bis zur Bahre.*»